

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

am Donnerstag haben wir in einer dreistündigen Plenardebatte über die **Präimplantationsdiagnostik (PID)** diskutiert. PID bezeichnet die genetische Untersuchung von Embryonen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertragung in die Gebärmutter. Dabei werden von mehreren Embryonen diejenigen ausgewählt, bei denen bestimmte Merkmale für Erbkrankheiten oder chromosomale Veränderungen ausgeschlossen werden können. Bisher war die PID durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Der Bundesgerichtshof urteilte am 6. Juli 2010 jedoch, dass das Gesetz kein grundsätzliches Verbot umfasst und damit gesetzlicher Regelungsbedarf besteht.

In solchen ethisch-moralischen Fragen, die letztlich nur als individuelle Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten beantwortet werden können, gibt es keine einheitlichen Positionen der Fraktionen. Entscheidungen über solche moralischen Fragen lasse ich mir immer wochen-, ja gar monatelang durch den Kopf gehen. Ich bin mir bewusst, dass dies immer subjektive Entscheidungen sind. Nach der ersten Debatte am Donnerstag, in der drei fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe debattiert wurden, habe ich mich entschieden, den **Antrag für ein Verbot der PID zu unterstützen**.

Für mich steht dabei die Frage im Mittelpunkt: **Ab wann ist ein Leben lebenswert, und wer darf dies festlegen?** Wenn wir die PID zulassen, müssen wir uns anmaßen, diese Frage zu beantworten. Ab wann soll es dann erlaubt sein, durch die PID Embryonen auszusortieren? Welche Krankheiten sortieren wir aus, welche Kinder lassen wir zur Welt kommen? Diese Entscheidungen kann und will ich nicht treffen, und ich bin der Meinung, dass dies kein



**Berlin-Brief, Ausgabe 95**  
**15. April 2011**

*Meine Termine*

**Meisterfeier der Handwerkskammer  
Heilbronn-Franken**  
*15.04.2011, 18 h, Heilbronn, Harmonie*

**Demo „Heilbronn sagt nein“ gegen  
Rechtsradikalismus**  
*01.05.2011, 10.30 h, Heilbronn, DGB-  
Haus, Gartenstraße 64*

**SPD-Landesparteitag zum Koalitions-  
vertrag**  
*07.05.2011, 10 h, Sindelfingen*

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030-227-70107  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**  
Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn  
Tel. 07131-783616  
[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen?  
Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

Mensch tun kann und soll. Denn jedes Leben ist ein Geschenk, und ich habe Ehrfurcht vor jedem Leben, egal in welcher Form. Menschen mit Behinderung gehören zu unserer Gesellschaft wie jeder andere auch. Daher dürfen wir meiner Meinung nach nicht mit der PID beginnen, da wir sonst Tür und Tor öffnen für einen „designten“ Menschen. Ein Mensch ist ein Leben, und nicht ein geplanter und vor der Geburt gecheckter Organismus.

Die Gesetzentwürfe gehen nun zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse. In einigen Wochen wird es eine erneute Plenardebatte dazu geben, danach wird der Bundestag eine Entscheidung fällen. Ich werde weiterhin darüber berichten.

In dieser Woche haben wir erneut über die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** debattiert, die ab 1. Mai 2011 für die mittel- und osteuropäischen Staaten gilt, die 2004 der EU beigetreten sind. Die Menschen aus diesen Ländern dürfen in zwei Wochen ohne vorherige Arbeitsgenehmigung bei uns arbeiten. Deutschland ist das letzte Land in der EU, das seine Grenzen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit öffnet. Für die SPD-Fraktion habe ich in den vergangenen Wochen immer wieder betont, dass wir unseren Arbeitsmarkt auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit vorbereiten müssen. Wir müssen Lohndumping verhindern, indem wir Mindestlöhne einführen. Entsandte Arbeitnehmer müssen über ihre Arbeitnehmerrechte beraten werden, damit sie sich gegen Missbrauch wehren können. Der Zoll muss personell besser ausgestattet werden, damit Kontrollen gegen Schwarzarbeit, Missbrauch und Scheinselbstständigkeit wirksam durchgeführt werden.

Nur wenn wir unseren Arbeitsmarkt so gestalten, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle eine Bereicherung ist und keine Arbeitnehmer hier in Deutschland ihren Job verlieren, können wir sicher sein, dass Europa in der Bevölkerung Unterstützung erfährt. Die Neonazis, die am 1. Mai – ausgerechnet am Tag der Arbeit! – in Heilbronn mit fremdenfeindlichen Parolen gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit demonstrieren wollen, nutzen die Angst der Menschen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes durch die offenen Grenzen aus. Deshalb ist es dieses Jahr am 1. Mai besonders wichtig zu zeigen: **Der 1. Mai gehört den Gewerkschaften im Kampf um bessere Rechte für alle Arbeitnehmer in Europa, und nicht den Nazis! Ich bitte Sie daher: Kommen Sie am 1. Mai auf die Gegendemonstration in Heilbronn!** Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.heilbronn-sagt-nein.de](http://www.heilbronn-sagt-nein.de). **Anbei finden Sie zudem einen Artikel von mir zu diesen Themen.**

Der nächste Berlin-Brief erscheint Mitte Mai. Ich wünsche Ihnen ein fröhliches Osterfest!

Mit freundlichen Grüßen

*Josip Juratovic*